

Abteilung I

Nr. 26

Antrag
der Fraktion der CDU.

Die Fraktion der Christlich-Demokratischen-Union beantragt, die Verfassungberatende Landesversammlung möge beschließen, ihrer Auffassung Ausdruck zu geben:

1. daß die aus dem deutschen Osten eingewanderten Männer und Frauen, die schuldlos ihre Heimat verlassen mußten, als vollwertige deutsche Staatsbürger anzusehen sind,
2. daß daher alle die Ausübung ihres aktiven oder passiven Wahlrechts einschränkende Bestimmungen auf das zulässige Mindestmaß zurückgeführt werden,
3. daß in Sonderheit ihnen in weitestgehendem Umfange die Möglichkeit zur Beteiligung an der Abstimmung über die Verfassung ihrer neuen Heimat, bei Nachweis ihrer politischen Unbescholtenheit gegeben wird,
4. daß in das neue Wahlgesetz entsprechende Bestimmungen aufgenommen werden.

Nr. 27

Antrag
der Fraktion der CDU.

Die Fraktion der Christlich-Demokratischen-Union beantragt die Verfassungberatende Landesversammlung möge beschließen, das Großhessische Staatsministerium zu bitten, der Beschaffung der vordringlichen Bedarfsgüter für die Landwirtschaft, besonders von Arbeitsschuhen und Arbeitskleidung sowie Maschinenersatzteilen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch geeignete Verhandlungen eine bessere Belieferung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Groß-Hessens besonders aus der englischen Zone zu ermöglichen.

Nr. 28

Antrag
der Fraktion der CDU.

Die Fraktion der Christlich-Demokratischen-Union beantragt, die Verfassungberatende Landesversammlung möge beschließen, das Großhessische Staatsministerium zu bitten:

1. Es möge sobald als möglich die Durchführungsbestimmungen für die Wohnungsbehörden zum Kontrollrats-Gesetz Nr. 18 vom 8. März 1946 erlassen,
 2. es möge in der Zwischenzeit die durch die Anordnung vom 29. Juni 1946 gehemmte Rechtspflege in Mietsachen durch Aufhebung wieder in Gang setzen.
-